

BERLIN
Donnerstag
30. Juni
1932

Der Arbeiter

10 Pf.
Nr. 304
B 152
49. Jahrgang

Redaktion u. Expedition:
Berlin SW 68, Lindenstr. 8
Tel. AT Dönhoff 292-297

Erscheint täglich außer Sonntags
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 2,35 M. pro
Monat (banon 37 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus)
Im voraus zahlbar. Postbezug 2,97 M. einschließlich
10 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbefreiung.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis:
Die 1000. Zeile
meterweise 50 Pf.
Die Restzeile
kostet 2 Mark.
Rabatte u. Tarif.



Preußen verbietet nicht!

Ueber „Vorwärts“-Verbot soll das Reichsgericht entscheiden

Der Minister des Innern, Sebering, hat auf das Ersuchen des Reichsministers des Innern, den „Vorwärts“ und die „Kölnische Volkszeitung“ auf fünf Tage zu verbieten, am 29. Juni d. J. geantwortet, daß er die gesetzlichen Voraussetzungen für Verbotmaßnahmen gegen diese beiden Zeitungen nicht als gegeben erachte. Der preussische Minister des Innern hat daher gemäß § 7 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung vom 14. Juni 1932 die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts angerufen.

Aus der Begründung der Stellungnahme des preussischen Ministers des Innern teilt der Amtliche Preussische Pressedienst das Folgende mit:

I. Zum geforderten Verbot des „Vorwärts“.

„Ich vermag nicht anzuerkennen, daß durch die beanstandeten Veröffentlichungen der Herr Reichspräsident oder die Reichsregierung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht würden; auch sehe ich in diesen Veröffentlichungen keine Gefährdung lebenswichtiger Interessen des Staates durch die Behauptung unwahrer oder entstellter Tatsachen.“

Somit das von dem Herrn Reichsminister des Innern angeregte Verbot auf § 6 Absatz 1 Ziffer 2 der Verordnung vom 14. Juni 1932 gestützt werden soll, muß der Tatbestand der Beschimpfung ausbleiben, weil

das Merkmal einer besonders rohen Form nicht gegeben ist. Auch bezüglich des alternativen Tatbestandes der böswilligen Verächtlichmachung fehlt es schon an dem objektiven Merkmal.

Die Auslassungen der Zeitung in der Sondernummer behaupten nun zwar, daß zwischen der Aufhebung des Uniformverbots einerseits und den wirtschaftlichen Lasten der Notverordnung vom 14. Juni 1932 (RGBl. I S. 273) andererseits ein politischer Zusammenhang bestehe. Diese Darstellung enthält eine sehr scharfe politische Kritik an den Maßnahmen der Reichsregierung und des Herrn Reichspräsidenten und soll offenbar die Auffassung derjenigen Kreise wiedergeben, die von den sozialen Einschränkungen in eigener Person betroffen werden und außerdem politische Gegner der NSDAP sind. Diese scharfe Kritik vom Standpunkt derjenigen Staatsbürger, als deren Sprachrohr der „Vorwärts“ als Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei anzusehen ist, kann ich indes noch nicht als Kundgebung ansehen, die den Herrn Reichspräsidenten und die Reichsregierung als mit einem sittlichen Makel behaftet hinstellen und sie als der Achtung der Volksgenossen unwürdig erscheinen lassen will.

Die von dem Herrn Reichsminister des Innern für die Stützung des Verbots auf § 6 Abs. 1 Ziff. 4 der Verordnung vom 14. Juni 1932 (RGBl. I S. 297) gegebene

Begründung vermag ich besonders aus rechtlichen Erwägungen heraus ebensowenig als durchschlagend anzuerkennen.

Eine Gefährdung lebenswichtiger Interessen des Staates im Sinne dieser Bestimmung könnte, sofern — wie im vorliegenden Fall — eine Störung der inneren Sicherheit des Staates in Frage steht, nur dann vorliegen, wenn durch die beanstandete Veröffentlichung die Gefahr ernsthafter Gewalttätigkeiten in Gestalt von Aufstrebewegungen oder anderer innerer Unruhen hervorgerufen würde. Zu einer weitergehenden Auslegung dieses Begriffs bieten weder die Fassung noch die Vorgeschichte dieser Verordnung irgend einen Anhalt.

Daß aber die Auslassungen in der Zeitung die Hervorrufung von Gewalttätigkeiten der vorbezeichneten Art besorgen ließen, vermag ich um so weniger anzuerkennen, als der auf derselben Seite in der mittleren Spalte oben abgedruckte, bestimmt ernst gemeinte Aufruf „Sozialdemokraten! Republikaner! Bewahrt kaltes Blut!“ zur Zurückhaltung und zur Unterlassung von Gewalttätigkeiten auffordert.

Jetzt zeige dich, rotes Berlin!

(Zur Lustgardendemonstration am Montag)

Wenn wir marschieren, wenn wir marschieren,
Wenn unsre Fahnen mit den Pfeilen weh'n,
Wenn wir zu vieren, wenn wir zu vieren,
Wenn wir zu vieren in der Reihe geh'n,
Dann erschallt unser Ruf in die Rund':
Freiheit! Freiheit! Freiheit!
Wir sind die Eiserner Front!

Wenn wir zusammen, wenn wir zusammen
Brüder und Schwester im Kampfe steh'n,
Wenn wir entflammen, wenn wir entflammen
Für unsre heiligen Menschheitsideen,
Dann erschallt unser Ruf in die Rund':
Freiheit! Freiheit! Freiheit!
Wir sind die Eiserner Front!

Vorwärts, Genossen, vorwärts, Genossen,
Recket die Arme und schwöret zur Stund':
Heilig entschlossen, heilig entschlossen
Steh'n wir zusammen zum Freiheitsbund.
Und nun schallt unser Ruf in die Rund':
Freiheit! Freiheit! Freiheit!
Wir sind die Eiserner Front!

Fritz Wildung.

Meines Dafürhaltens sind also, da das Verbot der Zeitung auch aus anderen Gründen nicht gerechtfertigt werden kann, die gesetzlichen Voraussetzungen für das von dem Herrn Reichsminister des Innern gewünschte Verbot nicht gegeben. Ich lege die Angelegenheit daher gemäß § 7 Abs. 3 Satz 2 dem Senat zur Entscheidung vor, mit dem Antrage, den Erlass des Verbots für unzulässig zu erklären.“

II. Zum geforderten Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“.

„Ich vermag nicht zu erkennen, inwiefern die Ausführungen des beanstandeten Artikels eine Beschimpfung im Sinne der Ziffer 2 a. a. D., das heißt eine nach Form oder Inhalt besonders verheerende rohe Äußerung der Mißachtung gegenüber dem Herrn Reichskanzler enthalten sollten. Die Ueberschriften „Schwere Mißgriffe des Herrn Reichskanzlers“ und „Ist Herr von Papen noch als Delegationsführer möglich?“ stellen lediglich eine Kritik an der politischen Haltung des Herrn Reichskanzlers auf der Lausanner Konferenz dar, diese wird ergänzt durch die Ausführung, der Herr Reichskanzler habe durch sein Garantieangebot namens aller nationalen Kräfte Deutschlands — unter Anspielung auf die Verschiebung der politischen Kräfte in Deutschland — eine auswärtige Macht zur Benützung der inneren deutschen Schwierigkeiten eingeladen; die am Schluß des Artikels wiedergegebene angebliche Meinung in deutschen Rechtskreisen „Dieser Kanzler ist eine Katastrophe“ soll das Urteil der Zeitung, der Herr Reichskanzler sei für die Leitung der deutschen auswärtigen Politik ungeeignet, unterstützen. Mehr als eine solche scharfe, aber doch sachliche Kritik, wie sie übrigens von Blättern der politischen Rechten noch vor ganz kurzer Zeit im Hinblick auf die Außenpolitik der Regierung des früheren Herrn Reichskanzlers in ungleich schärferer Form völlig unbeanstandet geübt werden konnte, kann meines Erachtens in diesen Ausführungen keinesfalls gesehen werden.“

Ob der Herr Reichskanzler durch die Ausführungen des Artikels in objektiver Hinsicht verächtlich gemacht worden ist, kann dahingestellt bleiben. Zur Erfüllung des Tatbestandes der Alternative der Ziffer 2 a. a. D.

fehlt es auf jeden Fall an dem erforderlichen subjektiven Merkmal der „Böswilligkeit“.

Eine Kundgebung ist nur dann als eine „böswillige“ im Sinne der genannten Bestimmung anzusehen, wenn dem Täter nicht der Kampf um die Sache, sondern der Angriff gegen die ihm verhasste Person

des Gegners zur Hauptsache wird, wenn also an die Stelle sittlicher Beweggründe solche treten, die selber als sittenwidrig anzusehen sind (vgl. Entsch. d. Pr. O. v. 28. Januar 1932 in RVerwBl. 1932 S. 491/32). Trotz aller Schärfe der in dem beanstandeten Artikel geäußerten Kritik liegt es auf der Hand, daß die in ihm enthaltenen

Angriffe rein sachlichen und nationalen Motiven, vor allem auch der Sorge um die innere Einheit des deutschen Volkes bei seinem Ringen um die äußere Befreiung entspringen sind.

Daß das Vorhandensein einer wohlmeinenden Tendenz „Böswilligkeit“ auch dann ausschließt, wenn rein objektiv der Tatbestand der Verächtlichmachung vorliegen sollte, wird auch vom Reichsgericht in seiner Entscheidung vom 23. Juli 1931 — XII. V. 63/31 —

Universität geschlossen!

Wegen neuer Hitler-Tumulte.

Seit vormittag haben es die Hakenkreuzstudenten durch ihr freches und anmaßendes Benehmen wieder einmal fertig gebracht, daß der Rektor der Universität die Pforten der bedeutendsten deutschen Hochschule schließen und die Vorlesungen abklingen ließ, lediglich um schwere Zwischenfälle von vornherein zu verhüten.

Es ist bedauerlich, daß bei einem Ueberfall nationalsozialistischer auf republikanische Studenten in der Vorhalle der Universität wieder mehrere Komitionen erhebliche Kopfverletzungen erlitten haben, so daß ihnen Verbände angelegt werden mußten. Die gesamte studentische Linke, einschließlich der Kommunisten und der Jungdeutschen, hat sich trotz der ungeheuerlichen Beschimpfungen und Angriffe geradezu musterhaft benommen. Bereits gestern hatte die nationalsozialistische Meute einen Sturm auf die Linkstudenten geplant. Da aber die Republikaner beim Stehfonten in großer Zahl vertreten waren, wagte es niemand von den Hakenkreuzern zu provozieren. Das wurde heute nachgeholt, als die sogenannten Couleurstudenten sich korporationsweise einstellten. Um 11 Uhr ließen die Nazis Sprechschäre ertönen, dann gröhnten sie das Lied: „Volk, ans Gewehr“. Als sich die Situation immer mehr aufspitzte und

bereits tätliche Angriffe von den heute in großer Uebermacht befindlichen Nazistudenten erfolgte,

erschien der Rektor in Begleitung des Oberpedagogs und versuchte durch gütliche Verhandlungen schlichtend einzugreifen. Die Linkstudenten brachten dem Eingreifen des Rektors größtes Verständnis entgegen und erklärten sich bereit, den Anweisungen des Rektors zu folgen. Darob bei der nationalsozialistischen Meute Geseul und Rufe: „Juden raus!“ „Margariten raus!“ Das geht aufs neue Del ins Feuer, und es gelang dem Rektor kaum, sich bei dem unerhört frechen Benehmen der Rechtsradikalen durchzusetzen. Der Rektor der Universität, der heute wieder einmal gesehen hat, wie diszipliniert sich die Linkstudenten benommen haben, ohne auf die unerhörten Provokationen der Hakenkreuzer einzugehen, dürfte von der „Elite“ seiner Hochschule nun endlich ein klares Bild bekommen haben.

Zum Schluß verließ die Linkstudentenschaft unter Führung des Rektors geschlossen die Universität in Richtung Unter den Linden.

anerkannt. Bei dieser Würdigung darf auch nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden, daß die „Kölnische Volkszeitung“ sich stets einer sachlichen Schreibweise befleißigt, die deutsche Außenpolitik vom nationalen Standpunkt immer in logischer Weise unterstützt und bisher noch niemals Anlaß zu behördlichem Einschreiten gegeben hat.

Der Tatbestand der Ziff. 4 a. a. D. könnte, da er die Behauptung oder Verbreitung unrichtiger oder entstellter Tatsachen zur wesentlichen Voraussetzung hat, nur in dem Abdruck des Interviews erblickt werden, das der Herr Reichskanzler nach einer Meldung des „Matin“ französischen Pressevertretern gewährt haben soll. Die Tatsache der Veröffentlichung im „Matin“, die — soweit ich übersehen kann — von einem sehr großen, wenn nicht dem überwiegenden Teil der deutschen Presse, und zwar auf Grund einer Mitteilung des zu amtlichen Verlautbarungen der Reichsregierung stets benutzten Wolffschen Telegraphenbüros gebracht worden ist, wird wohl nicht bestritten. Insofern liegt also jedenfalls keine Behauptung oder Verbreitung einer unwahren oder entstellten Tatsache vor. Ob der von dem „Matin“ veröffentlichte

Endkampf in Lausanne

Um einen deutschen Beitrag und wirtschaftliche Sonderleistungen

Lausanne, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Die Sitzung der Finanzminister unter Vorsitz Macdonalds, also des sogenannten Büros der Konferenz, das ausschließlich die Regelung der Reparationsfrage behandelt, dauerte bei Redaktionschluss seit zwei Stunden an. Vor kurzem haben Finanzminister von Krosigk und Staatssekretär von Bülow das Hotel Beau Rivage verlassen. Sie begaben sich zum Reichskanzler, der augenblicklich die ganze Delegation, mit Ausnahme von Warmbold und Trendelenburg, um sich verammelt hat. Von Krosigk und von Bülow sollen nämlich dem Büro der Konferenz die Antwort überbringen auf eine entscheidende Frage. Diese Frage, so weit man hört, betrifft die mögliche Höhe einer Summe und die Zeit, für deren Ueberweisung an die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel als Beitrag Deutschlands zu dem gemeinsamen Fonds für die Rettung der Währungen der Länder, deren Stabilität bedroht ist. Wie man weiter hört, bewegen sich die Verhandlungen um eine Verständigung, außerdem noch um den Plan, neben dieser relativ gering bemessenen Summe deutsche Sonderleistungen für den europäischen Wiederaufbau zu fixieren.

Um die Schlusszahlung.

Lausanner Lösungsvorschlag.

Paris, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Die Lausanner Berichterstatter der Pariser Presse versichern übereinstimmend, daß Macdonalds Anstrengungen den Erfolg gehabt haben, das Scheitern der Konferenz zu verhindern. Einige Blätter behaupten, Deutschland habe sich zu einer Schlusszahlung von drei Milliarden Goldmark bereit erklärt unter der Bedingung der Streichung der Versailler Artikel 5 und 8 (Abrüstung Deutschlands und Reparation). (Deutsch-offiziös wird in Lausanne die Meldung

über Bereitwilligkeit zu einer Schlusszahlung als unrichtig erklärt. Red. v. B.) Ueber die Endregelung sagt ein Haas-Telegramm, das spät in der Nacht veröffentlicht worden ist: „Der englische Premierminister hat die Vertreter der Stäubigmächte gefragt, ob sie bereit wären, auf die ihnen zustehenden Annuitäten des Young-Planes zu verzichten und dafür eine Abfindungssumme von Deutschland anzunehmen. Alle Stäubiger haben sich zugunsten dieser Lösung ausgesprochen. Nach Ansicht der französischen Delegation könnte Deutschland eine vollständige Zahlungseinstellung auf zwei bis drei Jahre gewährt werden, um ihm Zeit zu lassen, seine wirtschaftliche Lage wiederherzustellen. Nach Ablauf dieser Frist hätte Deutschland durch die Vermittlung seiner Eisenbahnen oder irgendeines anderen Unternehmens die Zahlung von Summen zu leisten, die Zinsen und Tilgung der Abfindungssumme darstellen, welche in Form von Bonds der deutschen Regierung sofort der B.Z. zu übergeben wären. Die Summe soll als Basis für eine allgemeine Regelung der Regierungsschulden dienen. Der größte Teil würde also den Vereinigten Staaten zukommen.“

Nachführung der Konferenzausschüsse.

Lausanne, 30. Juni.

Die beiden Ausschüsse der Konferenz tagten gestern bis in die späten Nacht- bzw. frühen Morgenstunden. Der Wirtschaftsausschuss ist dabei bereits zu einem Abschluss der ihm übertragenen Arbeiten gelangt, indem er das Material von Lausanne vorbereitet hat, das einem großen, von allen Staaten einschließlich Amerikas zu bildenden Vorbereitungsausschuss für die im Herbst in London vorgelebene Weltwirtschaftskonferenz als Grundlage dienen soll. Die Arbeiten des Büros, das heißt des wesentlich mit der Reparationsfrage befaßten Ausschusses, haben bisher kein wie immer geartetes Ergebnis erkennen lassen; sie sind heute vormittag wieder aufgenommen worden.

Neuer Skandalprozeß.

Die Durchstechereien beim Städtischen Tiefbauamt.

Vor der Strafkammer des Potsdamer Landgerichts begann heute unter Vorsitz von Landgerichtsrat v. Horn die Verhandlung wegen der großen Durchstechereien beim Tiefbauamt Potsdam, die im Herbst vorigen Jahres zur Aufdeckung kamen und in deren Verlauf sich infolge besonderer Umstände Stadtbaurat Fischer erschossen hat. Unter der Anklage der aktiven und passiven Bestechung und des fortgesetzten Betruges gegenüber der Stadt Potsdam bzw. der Beihilfe dazu haben sich jetzt zu verantworten: der Stadtbauamtmann Rudolf Riesling, der Zeichner Franz Gerbrach, der Bauzeichner Gustav Dübner aus Michendorf und der Ingenieur Wilhelm Kumlach aus Berlin-Charlottenburg.

Dübner ist der alleinige Inhaber der Tiefbaufirma Gustav Dübner aus Michendorf und hatte umfangreiche Bauarbeiten für die Stadt Potsdam ausgeführt. Bei dieser Angelegenheit handelt es sich in der Hauptsache um die Arbeiten, die Dübner auf Grund einer Ausschreibung von Riesling bei dem Straßendurchbruch durch das Bauhausgelände zuerkannt bekam, der in den Jahren 1927 bis 1929 durchgeführt wurde. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er mit Hilfe seines bei ihm tätigen Ingenieur Kumlach falsche Aufstellungen gemacht hat, durch die die Abrechnungen über die ausgehobenen Erdmassen auf Grund unrichtiger Profilangaben falsch gemacht worden seien, und zwar sollen statt 122 500 Kubikmeter Erdmassen 193 000 Kubikmeter angegeben worden sein. Riesling wird beschuldigt, diese falschen Abrechnungen gebildet zu haben. Die Fehler befanden sich nicht nur in den Schlussrechnungen, sondern bereits in den Abschlagsrechnungen, und die Anklage nimmt an, daß

die falschen Rechnungen nicht die Folge von Irrtümern und Versehen sind, sondern daß sie auf bewußtes Zusammenarbeiten zum Nachteil der Stadt Potsdam zurückzuführen sind.

Die Angeklagten bestreiten ihre Schuld. Riesling und Gerbrach geben zwar zu, daß sie Zuwendungen von Dübner erhalten hätten — und zwar will Riesling 12 000 M. und Gerbrach 900 M. erhalten haben —, behaupten aber, daß es sich um ein Entgelt für Nebenarbeiten gehandelt habe. Nach der Anklage sollen die Schmiergelder jedoch ganz erheblich größer gewesen sein. Es ist bei Riesling ein Bankguthaben von 30 000 M. beschlagnahmt worden, das er auf den Namen seiner Frau bei auswärtigen Banken eingezahlt hatte.

Die Stadt Potsdam ist durch die überzahlten Summen um über 200 000 M. geschädigt

worden. Außerdem werden den städtischen Beamten auch noch weitere Durchstechereien mit Steinfirmen zur Last gelegt. Riesling hat ohne Ausschreibung eine Lieferung von 250 000 Steinen vergeben, behauptete aber, daß das im Einverständnis mit dem verstorbenen Stadtbaurat Fischer geschehen sei. Er soll auch von dieser Firma erhebliche Zuwendungen erhalten haben. Vor Eintritt in die Verhandlung lehnten die Verteidiger die von der Staatsanwaltschaft benannten Sachverständigen wegen Befangenheit ab.

Einsturzungslud im Ruhrgebiet.

5 Schwer- und 12 Leichtverletzte.

Essen (Ruhr), 30. Juni. (Eigenbericht.)

An der Kraftwerksbauhalle für den Stauee zwischen Werden und Hügel ereignete sich ein schweres Einsturzungslud, das fünf Schwer- und zwölf Leichtverletzte forderte. Eine etwa acht Meter hohe Brücke, über die Betonierungsmaterial in kleinen Wagen transportiert wurde, stürzte, da ein Joeh nachgab, plötzlich zusammen. Alle auf der Brücke befindlichen Personen wurden in die Tiefe gerissen. Der Sachschaden ist erheblich.

Der kommunistische Präsidentschaftskandidat in USA, Toller, war in Los Angeles wegen „Verdacht des Squalidismus“ verhaftet worden, ist aber Tags darauf wieder freigelassen worden.

Oberstaatsanwalt von Bohmhardt, der kürzlich vom Strafgericht in Reg. wegen Nichtachtung eines Ausweisungsbefehls zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, wurde nun von der Berufungskammer freigesprochen. Der Verteidiger Bohmhardt hatte geltend gemacht, daß Bohmhardt den gegen ihn erlassenen Ausweisungsbefehl nicht beachten konnte, da ihm dieser Befehl nicht in der gesetzlichen Form zugestellt worden sei.

Wortlaut des Interviews richtig war, konnte von der deutschen Tagespresse unmöglich nachgeprüft werden. Er erschien auch keineswegs so unwahrscheinlich, daß einer deutschen Zeitung zugemutet werden konnte, die Veröffentlichung des „Matin“ ohne weiteres als unwahr oder wenigstens äußerst zweifelhaft zu behandeln. So heißt es auch bezeichnenderweise in der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 176 vom 25. Juni 1932 unter der Ueberschrift „Allergefährlichste Interviews!“:

„Seider aber fehlt ein festes Vertrauen, daß Papen Derartiges oder Ähnliches gar nicht gesagt haben kann.“

Die Richtigstellung, die der Herr Reichskanzler durch das WTB über den Inhalt des Interviews hat verbreiten lassen, nötigte die deutschen Zeitungen jedenfalls nicht, ihren Lesern den Text der Veröffentlichung des „Matin“ vorzuenthalten; die Veröffentlichung der Richtigstellung hatte vielmehr überhaupt erst dann einen Sinn, wenn auch der Text der Veröffentlichung des „Matin“ bekanntgegeben wurde. Der selbstverständlichen Pflicht, auch die Richtigstellung zu bringen, ist die Zeitung nachgekommen.

Im übrigen ist der Inhalt der Richtigstellung zu der Meldung des „Matin“ über das Interview selbst nach Nr. 177 der „Deutschen Tageszeitung“ vom 26. Juni 1932 nicht ohne weiteres dazu angetan gewesen, die Meldung des „Matin“ über das Interview selbst nach gehörig zu erachten. Es wird zwar von mißverständlicher Wiedergabe gesprochen, aber nicht gesagt, was an der französischen Darstellung richtig und was unrichtig sei.

Schließlich vermag ich nicht zu ersehen, inwiefern der Abdruck des im „Matin“ veröffentlichten Interviews in einer deutschen Zeitung lebenswichtige Interessen des Deutschen Reiches auf dem Gebiet der Außenpolitik gefährden sollte. Ein Verschweigen in der deutschen Presse hätte die Tatsache der französischen Veröffentlichung nicht aus der Welt schaffen können. Wenn aber, wie die „Kölnische Volkszeitung“ offenbar annimmt, der in der französischen Meldung geschilderte Verlauf und die daraus erhellende vermeintliche Einstellung des Herrn Reichskanzlers als den deutschen Interessen abträglich anzusehen war — dies scheint übrigens nach dem Vorgehen der Reichsregierung auch deren Auffassung zu sein —, so könnte in dem Verhalten der „Kölnischen Volkszeitung“

eher eine Förderung, als eine Schädigung lebenswichtiger deutscher Interessen

erblickt werden. Jedenfalls förderte die Erörterung in der Öffentlichkeit die Richtigstellung des im „Matin“ veröffentlichten Textes des Interviews und stärkte durch die einhellige Ablehnung der dem Herrn Reichskanzler unterstellten Äußerungen meines Erachtens den Rückhalt der deutschen Delegation in der öffentlichen Meinung der Heimat beachtlich.“

Der preußige Minister des Innern legt daher das Ersuchen des Reichsministers des Innern gemäß § 7 Abs. 3 Satz 2 der Verordnung vom 14. Juni 1932 dem Senat des Reichsgerichts zur Entscheidung vor mit dem Antrage, den Erlaß des Verbots für unzulässig zu erklären.

Befehl an Gahl.

Dittler verlangt weitere Notverordnungen.

München, 30. Juni.

Die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“ schreibt zu der gestrigen Notverordnung, die RSDAP erwarte, daß die Reichsregierung nunmehr auch in der Durchführung dieser Reichsnotverordnung allen Sabotageakten gegenüber mit aller Entschiedenheit mache. Die nächste innerpolitische Aufgabe der Reichsregierung werde es sein, dafür zu sorgen, daß auch alle noch bestehenden Ausnahmebestimmungen gegen die nationalsozialistische Bewegung, insbesondere die Verbote für Beamte, die sich zum Nationalsozialismus bekennen, unverzüglich aufgehoben werden.

Wann wird diese „Erwartung“, die einem Befehl verdammt ähnlich sieht, durch den Reichsinnenminister erfüllt werden?

„Ich warne Neugierige . . .!“

Dittler über die Gahl-Verordnung.

Köln, 30. Juni.

Auf einer außerordentlichen Tagung des Reichsarbeiterbeirats des Zentrums sprach der preußische Wohlfahrtsminister Hirtle über die Verhältnisse in Preußen. Der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge betonte er, die Länder überließen die Verantwortung für die Anhebung der Uniform- und der Aufzugsverbote restlos dem Reich. Gegenüber der Forderung von Dr. Goebbels: „Straße frei für SA“, antwortete das Zentrum mit dem Ausspruch des Herrn von Jagow: „Die Straße gehört dem Verkehr, ich warne Neugierige.“ Von einer Revolution werde sich die preußische Regierung nicht überraschen lassen. Die deutschen Verhältnisse könnten nur nach deutschen Grundgedanken gestaltet werden. Die Polizei werde auch in Zukunft ihre Pflicht tun, weil sie die anständigen Menschen hinter sich habe, und jene 19 Millionen, die am 10. April sich bei der Reichspräsidentenwahl für Ruhe und Ordnung entschieden. Er hoffe, daß die Volksfront wachse und in ihr nicht nur Arbeiter, sondern auch andere Volksgruppen miteinbehalten möchten. Es gelte, Deutschland vor den schlimmsten Dingen zu bewahren.

Verschleppungsmanöver!

Straßer will nicht Farbe bekennen.

Die Nationalsozialistische Pressekorrespondenz sucht den Abg. Straßer vor dem Vorwurf zu schützen, er habe die beantragte Einberufung des Ueberwachungsausschusses verschleppt. Ihre eigene Darstellung aber bestätigt den Vorwurf, der Straßer gemacht wurde.

Obwohl dem Abgeordneten Straßer mindestens seit dem 25. Juni die Anträge auf Zusammenritt des Ueberwachungsausschusses von einer Mehrheit seiner Mitglieder vorliegen — nämlich den Abgeordneten der Sozialdemokratie, der Kommunisten, des Zentrums und der Staatspartei —, hat Straßer es nicht für nötig befunden, den Ausschuss einzuberufen. Er hat vielmehr an die Abgeordneten, deren Parteien bisher die Einberufung nicht verlangt haben, ein Rundschreiben mit dem Ersuchen um eine Stellungnahme gerichtet. Das ist ein neuer öffentlicher Versuch, den Zu-

Attentat am Grabe.

Universitätsprofessor schießt auf den Rektor. — Bürgermeister Seig verhindert weitere Schüsse.

Wien, 30. Juni.

Während der heutigen Enthüllung eines Grabdenkmals für den Botaniker Professor Weiststein auf dem Zentralfriedhof gab der außerordentliche Professor der Zoologie an der Wiener Universität Dr. Schneider auf den neuen Rektor der Universität Professor Abel, als dieser eine Gedenkrede hielt, mit dem Ruf: „Jetzt wollen wir endlich abrechnen,“ einen Schuß ab, der jedoch kein Ziel verfehlte.

Während Professor Abel noch einen Augenblick stand, wollte Schneider noch einen Schuß abgeben. In diesem Augenblick ergriff der neben ihm stehende Bürgermeister Seig seine Hand und richtete sie nach unten.

Professor Schneider wurde sofort von Kriminalbeamten festgenommen und zur Polizei gebracht. Professor Schneider, der ein alter Gegner des Rektors Abel ist, scheint in einem Anfall von geistiger Umnachtung gehandelt zu haben.

Säureflaschen gegen Polizei!

Wieder Schießerei am Bülowbogen.

Mit welchen verdreherischen Mitteln gegen die Polizei gearbeitet wird, beweist ein Vorfall, der sich gestern abend in der Berlichingenstraße in Moabit ereignete.

Als gegen 23 Uhr eine Polizeistreife die Straße passierte, wurden aus einem Fenster mehrere Bierflaschen geschleudert, die mit einer stark ätzenden Flüssigkeit gefüllt waren. Die Flaschen fielen dicht neben den Beamten nieder, und durch einige Säurespritzer wurden zwei Schupo-Beamte am Hals und an der Hand leicht verletzt. Um die „Helden“ dieser mehr als schändlichen Substant vom Fenster zu vertreiben, wurde ein Schreckschuß abgefeuert.

Wieder war in der letzten Nacht die Gegend des Bülowbogens der Schauplatz einer schweren Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. An der Ecke Manstein- und Gödenstraße prallten die feindlichen Gruppen aufeinander. Nach einem Handgemenge, an dem sich etwa 30 Links- und Rechtsradikale beteiligten, ging eine wilde Kallerei los. Es wurden etwa 15 bis 20 Schüsse gewechselt. Ein Teilnehmer, Bruno G. aus der Culmstraße, wurde mit einer Schußverletzung durch die Polizei ins Elisabeth-Krankenhaus nach der Bülowstraße gebracht.

Vor dem Kabelwerk Oberspree in der Wilhelmshofstraße in Oberschönweide überfielen heute früh halentzuzler mehrere kommunistische Flugblattverbreiter.

SA-Terror in Göttingen.

Planmäßige Ueberfälle auf Reichsbannerleute.

Göttingen, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Gestern kam es in Göttingen mehrfach zu Ueberfällen von SA-Kolonnen auf einzelne Reichsbannerleute. Die ganzen Vorkommnisse lassen erkennen, daß es sich um planmäßige Ueberfälle handelt.

Insgesamt wurden neun Reichsbannerkameraden verletzt, darunter drei durch Messerstiche, die übrigen erlitten Schlägerverletzungen durch Hieb- und Schlagwaffen. Der Bevölkerung bemängelte sich eine ungeheure Erregung, so daß sich die Tumulte bis Mitternacht fortsetzten.

Böses Erwachen.

Da wendet sich der Schacht mit Grausen.

Herr Dr. Schacht, Reichsbankpräsident o. D. und eifriger Anhänger der Nationalsozialisten, ist aus allen Werten gestürzt. 80 Proz. der hohen Einkommen sollen, so fordert es ein Agitationsentwurf der Nationalsozialisten im Preussischen Landtag, weggeschneuert werden. Andere Anträge seiner Parteifreunde fordern sogar die Besteuerung aller Einkommen über 12000 M.

Das ist selbst für den stärksten Mann zu viel! Herr Dr. Schacht, den von jeder der großen Einkommen nicht hoch genug, die Löhne und kleinen Gehälter aber nicht knapp genug bemessen sein konnten, hat jetzt gegen seine Parteifreunde eine scharfe Philippika losgelassen.

In einem Vortrag vor dem „Wirtschaftsbund Niederachsen“ erklärte Schacht, wenn der gesamte Arbeitsverdienst weggenommen würde, könnte sich kein Kapital mehr bilden. Die demagogischen Anträge (Hört, hört! Red. d. „Borm.“) über gezielte Beschränkung der hohen Einkommen und ihre Besteuerung seien völlig sinnlos. Derartige Forderungen könne man nur als völlig unwirtschaftlich und in hohem Maße unfittlich (sic!) bezeichnen.

Aber nicht nur Herr Schacht wendet sich mit Grausen. Auch andere wichtige Freunde und Geldgeber der Nazis, wie Herr

Der versifzte „Vorwärts“-Zeichner!



von Gahl: „Der Mann muß herunter!“

Generaldirektor Cuno von der Hapag müssen jetzt schon in einem so exklusiven Kreise, wie der Generalversammlung der Hapag, empörende Anträge herab diskutieren, daß die Direktorengelöhner der Hapag auf 20000 M. abgebaut werden. Bisher hatte man doch, wie Herr Cuno vor gerichtlichem Urteil, nur 300000 M. und nicht 600000 M. im Jahr, wie es die böse „Deffentlichkeit“ wissen wollte. Das böse Erwachen wird also keineswegs auf Herrn Schacht allein beschränkt bleiben.

Der „beste Kämpfer“.

Ein Ehrenbold der Hitler-Garde.

Bei der Beerdigung des vor einigen Tagen an der deutsch-holländischen Grenze infolge eines Zusammenstoßes zwischen SA-Leuten und Kommunisten erschossenen Nationalsozialisten Hambücker sagte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Schürer aus Aachen in seiner Gedankrede am Grab:

„In Wilhelm Hambücker verliert die deutsche Freiheitsbewegung einen ihrer besten Kämpfer.“

Hambücker ist, wie die „Kölnische Volkszeitung“ mitteilt, insgesamt dreizehnmal vorbestraft, und zwar sechsmal wegen Körperverletzung, Mißhandlung, Hausfriedensbruch, Bedrohung, Widerstand und Sachbeschädigung. Wegen Hefterei erhielt er vier Monate Gefängnis, wegen fortgesetzter Grenzüberschreitung zwei Monate Gefängnis, ebenso wurde er wegen verbotener Einfuhr zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt. Wegen schwerer Körperverletzung erhielt er drei Jahre sechs Wochen Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, wegen Ausgabe falscher Banknoten drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Wegen der ersten Zuchthausstrafe konnte Hambücker nicht zum Kriegsdienst einberufen werden. Wirklich, die Hitlererei kann auf ihre Ehrenmänner stolz sein.

Japaner an der Sowjet-Grenze!

Chinesisches Zollamt besetzt.

Japanische Polizei hat das chinesische Zollamt in Mandschull an der sibirischen Grenze besetzt und die Zolleinnahmen beschlagnahmt.

Sonntagvorstellungen in englischen Kinos. Der Geseyntwurf über die Zulassung von Sonntagvorstellungen in englischen Kinos wurde vom Unterhaus nach neunstündiger Debatte mit 146 gegen 56 Stimmen in dritter Lesung angenommen und darauf an das Oberhaus weitergeleitet. Der Kampf um die Vorlage, die ein Kompromiß darstellt, war sehr leidenschaftlich geführt worden. Die „Gesellschaft für Heiligung des Tages des Herrn“ hatte an sämtliche Unterhausmitglieder und an alle Parlamentsberichterstatter der Presse Vorklatsche geschickt.

Grete Garbo und Marlene Dietrich, die höchstbezahlten Ausländerinnen in Hollywood, sollen nach der Meldung einer gut unterrichteten New Yorker Theaterzeitung ausgewiesen werden, weil sie die Frist ihrer „gelegentlichen Aufenthaltserlaubnis“ überschritten haben. Die Verträge, auf Grund deren sie die Einreisegenehmigung erhalten hatten, sind abgelaufen, so daß beide den Bestimmungen des Einwanderungsgesetzes unterliegen. Ein Film-Schauspielerverband in Hollywood soll die Behörden ersucht haben, dem Gesey zu seinem Recht zu verhelfen.

Das „Bildliche Theater Kollektiv“ gibt Sonnabend, 8.30 Uhr, im Renaissance-Theater das Schauspiel: „In sibirische Gefangenschaft“ von Eski. Regie: Jan Koeper-Müller.

Ein Alter an die Jungen

Schützt unser Erbe, die demokratische Republik!

Der langjährige Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt, der frühere Chefredakteur der Magdeburger „Volksstimme“, Paul Bader, hat zum Abschied von seiner parlamentarischen Tätigkeit folgenden bedeutungsvollen Brief an den Magdeburger Bezirksausschuß der Partei gerichtet:

„Genossen, Kameraden!“

Ich nehme heute politischen Abschied von Euch. Durch länger als drei Jahrzehnte sind wir Schulter an Schulter marschiert. Nun tritt das Alter zurück in die von ihm erzwungene Ruhe.

Keine Generation hat in ihren Jugendjahren noch gegen den Diktator Bismarck und seinen militärischen Feudalismus gekämpft. Zwölf Jahre lang war die erwachte Arbeiterkraft freiwillig auf deutschem Boden. Für sie gab es kein Recht, gegen sie gab es nur Willkür. Einhundert Jahre Gefängnis oder gar Zuchthaus wurden über die Vorkämpfer der Sozialdemokratie verhängt.

Je mehr Strafen, je stärker die Reihen.

Am Ende des Sozialistengesetzes bildeten die Sozialisten die stärkste deutsche Partei. Bismarck fiel. Der „Heros des Jahrhunderts“ war von der Arbeiterkraft besiegt worden.

Wilhelm Hohenzollern kam. — „Die Sozialdemokratie überlassen Sie nur mir“, prahlte er. Mit dem „gemeinen Recht“ wollte er die „waterlandslosen Gefellen“ zu Paaren treiben, die „nicht wert waren, den Namen Deutsche zu tragen“, und die daher „den deutschen Staub von den Pantoffeln schütteln“ sollten. — Ergebnis: Dreizehnhundert Jahre Gefängnis oder gar Zuchthaus für die Vorkämpfer und die Befenner der Partei. — Länger, als die gestandene Zeitrechnung dauert, haben die Funktionäre der deutschen Sozialdemokratie hinter Kerkermauern geschmachtet, weil sie

eine heilige Ueberzeugung

in ihrer Brust trugen. Sie ließen sich nichts von ihr rauben. Ihr Rückgrat wurde nicht gebrochen, ihre Stirn nicht gekent, ihr stolzer Nacken nicht gebeugt.

Dank dieses Heldentums der Namenlosen war es möglich, am 9. November 1918 die Deutsche Republik auszurufen. Nach Bismarck war auch Wilhelm Hohenzollern von der zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiterkraft besiegt worden.

Die Republik ist das Erbe, das meine Generation euch, der folgenden, hinterläßt.

Die neue Staatsform der Massen wird heute berannt von Massen, die die Ursachen der kapitalistischen Krise nicht erkennen und die daher hilflos, ratlos geisternden Kurpfuschern nachlaufen. Hinter den Quackälbern aber verstecken sich die finsternen Mächte von einst, die unterlich-schwerindustriellen Ragnier, die euch — wie früher uns — die Hundepetische der Unterdrückung um die Köpfe knallen wollen.

Auf die Schanzen, ihr Jungen! Seid würdig den Alten, die sich nicht gebückt, die die roten Fahnen der Freiheit durch die Jahrzehnte siegreich getragen haben! Schützt unser Erbe, die demokratische Republik!

Generationen sind, der einzelne stirbt — es lebe und wache in alle Zukunft die Deutsche, die Internationale Sozialdemokratie!

Paul Bader.

Es wird niemand sein, kein alter und kein junger Kämpfer, der nicht diese Zeilen mit Ergriffenheit lesen wird. Es wird aber auch niemand unter uns sein, der nicht freudig gelobt, das Wort fortzusetzen und nicht zu ruhen, bis der endgültige Sieg des wahrhaft völkerebefreienden Sozialismus erstritten worden ist!

Neues Konzertpublikum — im Kino

Von Kurt London

Die sogenannte Konzertkrise beruht nicht, wie man so oft gerade auch aus Rustlerkreisen hört, auf einer Alterschwäche der musikalischen Formen, sondern entstand durch die soziale Umschichtung des Konzertpublikums, welches das Hauptkontingent zahlender Konzertbesucher ehemals stellte. Nachdem das gebildete Bürgertum mehr und mehr verschwinden ist, durch Krieg, Inflation und Deflation aufgerieben wurde, mußte selbstverständlich eine Konzertkrise automatisch einsehen. Denn jede Form reproduktiver Kunstgestaltung bleibt abhängig von ihrem Publikum.

Die Krise besteht also zweifellos, und es ist fraglich, ob sie jemals wieder zu überwinden sein wird. Die unruhigen Zeiten heutiger Entwicklung werden im Höchstmaß vorübergehend den Anschein erwecken, als ob die überkommenen Formen des Kunstbetriebs sich gehalten hätten. In Wahrheit muß mit einer grundlegenden Veränderung gerechnet werden, die sich übrigens nicht etwa allein auf das Konzertwesen bezieht, sondern ebenso auf die Oper und die Sprechbühne.

Die Krise besteht also zweifellos, und es ist fraglich, ob sie jemals wieder zu überwinden sein wird. Die unruhigen Zeiten heutiger Entwicklung werden im Höchstmaß vorübergehend den Anschein erwecken, als ob die überkommenen Formen des Kunstbetriebs sich gehalten hätten. In Wahrheit muß mit einer grundlegenden Veränderung gerechnet werden, die sich übrigens nicht etwa allein auf das Konzertwesen bezieht, sondern ebenso auf die Oper und die Sprechbühne.

Der Film, von dem hier die Rede sein soll, ist sich ihrer im wesentlichen noch nicht bewußt geworden. Die Tatsache, daß seine Industrie kaufmännisch ausgezogen werden muß, befreit nicht von Verpflichtungen. Die Produktion selbst dürfte sich freilich schwer davon überzeugen lassen; um so mehr haben die Lichtspieltheater die Verpflichtung, Unterlassungssünden der Produktion nachzuholen und der Tatsache Rechnung zu tragen, daß der Hauptteil seines geschmacklich kultivierten Publikums, das früher die Konzerte und Theater besuchte, nun zum Kino abgewandert ist. Nicht etwa aus Begeisterung für die Filmkunst, sondern aus dem Bedürfnis heraus, sich zu zerstreuen und dafür möglichst wenig Geld ausgeben zu müssen. Wenn die Lichtspielhäuser nun die Initiative ergriffen, wenigstens das sogenannte Beiprogramm zu kultivieren und, über den Kurzfilm hinaus, etwa gute lebendige Musik zu machen, trotz Tonfilm und Schallplattenübertragungsanlage, wenn ferner ein Teil des Musiklebens überhaupt in die Kinos verlegt werden könnte, so würden die Kinoteater am Ende, was das Niveau ihrer Darbietungen betrifft, die Produktion beschämen und in einer zukünftigen Weltgeschichte als derjenige Faktor genannt werden, durch den eine teilweise Erhaltung überkommener Kulturgüter ermöglicht worden sei.

Das klingt vielleicht pretentiös, aber diejenigen Kreise der Intelligenz, die sich den Besuch von Konzerten, Theatern, Opern heute noch leisten können — sie sind verschwindend klein geworden —, mögen sich klar machen, daß eine Kunstausübung für wenige mehr und mehr ihren Sinn verliert. Daß es heute und in Zukunft darauf ankommt, die Kunst dem Volke nicht nur auf Inschriften, sondern in Wahrheit zugänglich zu machen. Die Formen dieser Kunst sind dabei mehr oder weniger gleichgültig; ob Gemeinschaftsmusik oder Kantate, ob Sinfonie oder Suite; wesentlich bleibt die nackte Verarbeitungsmöglichkeit des Zuhörers, dem man bitte frei lassen sollte, ob er sich mit diesen Dingen gefühllos oder verstandesmäßig auseinandersetzen wünscht.

Das Kino ist heute zu einer Art Volksaufenthalts geworden. Ein Konzert im Kino wird mit Sicherheit leichter besucht werden als im Konzertsaal, dem in weiten Kreisen das Odium der Schwerverständlichkeit anhaftet. Warum nicht die Leute überlassen? Warum nicht eine Wochenschau, einen interessanten Kurzfilm und eine klassische Sinfonie hinterher? Warum nicht händische Rätineen in den großen Lichtspielhäusern, mit Orchestern, die auch das Abendprogramm bereichern könnten? (Zugang billigen Preisen, versteht sich!) Wenn solche Konzerte einige Groschen kosten, dann möchte man jede Weite halten, daß sie überfüllt wären. Es gibt heute arbeitslose Musiker und talentierte Dirigenten genug, die ohne übertriebene Honorarforderungen mit Begeisterung mitzuwirken würden; abgesehen von dem rein kulturellen Wert solcher Unternehmungen könnte der durch die Mechanisierung der Musik entstehenden Arbeitslosigkeit dieser Musiker wenigstens teilweise gesteuert werden. Wenn dann die Behörden den Vorschlag

Prof. Schünemanns aufgriffen und denjenigen Theatern, die ein ständiges Orchester halten, Steuerfreiheit zugaben, so wäre auch ein anderer Anreiz dazu gegeben, musikalische Kultur in das Kino einzuziehen zu lassen.

Nun wurden ja in letzter Zeit bereits einige Schritte unternommen, die lebendige Musik im Kino wieder zu Ehren kommen zu lassen. In einigen großen Berliner Kinoteatern spielte ein Orchester; der große Klangkörper im Ufa-Palast unter Becces Leitung verdient da an erster Stelle erwähnt zu werden, ohne daß man in dessen perschwärzen darf, daß auch der sogenannten Popularität des Programms eine Untergrenze gezogen ist, deren Bestimmung man einzig dem Dirigenten überlassen sollte.

Dr. Becces hat übrigens begonnen, nach einer Richtung hin zu arbeiten, die den oben ausgeführten Gedankenansätzen sehr nahe liegen. Wenn die Ufa ihr Orchester für die kommende Spielzeit ausgeben sollte, so will er ein eigenes Orchester aufstellen, das als Kollektiv arbeitet. In Stärke von 60 bis 70 Mann wird er ganz billige Konzerte in den großen Kinos aller Berliner Stadtviertel veranstalten, mit Werken klassischer und romantischer Meister, die populär im besten Sinne sind und sogar für den speziellen Musikinteressierten besondere Anziehung bieten, weil in jedem Programm ein modernes Musikstück enthalten sein soll. Strawinsky und Hindemith etwa werden vertreten sein, jungen Komponisten soll die Möglichkeit einer Aufführung geboten werden. Ein vorzüglicher Gedanke also, dessen Realisierung man nur wärmstens unterstützen muß. Ein Gedanke, der, gut ausgeführt, nicht nur dem Niveau und dem Ruf des Lichtspielgewerbes dienlich sein würde, sondern auch für das Musikleben schließlich zu einem Faktor von Gewicht werden könnte.

So scheint sich denn also mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß man ohne vernünftige Musik im Kino auf die Dauer nicht auskommen kann. Das Konzertfilmprojekt läuft ja auf ähnlicher Linie. Die Schloßlagerarmeligkeit der letzten Jahre mit ihrer ununterbrechbaren Dürftigkeit hat offenbar ihren Höhepunkt überschritten, und die Reaktion, die sich auf diesem Gebiet bemerkbar macht, kann man nur begrüßen und fördern.

Prähistorische Funde.

In einer Tiefe von sechs Metern wurden bei Ausgrabungsarbeiten für den Erweiterungsbau der Thüringischen Staatsbank in Weimar Reste einer prähistorischen Bierdeckel, eines Riesenhirses und eines Kindes gefunden. Gleichzeitig wurde der Stohzahn eines Mammuts aufgedeckt. Die Funde lagerten über einer tonigen Schicht, die nach den hinterlassenen Spuren vor etwa 140000 Jahren eine typische Sumpflandschaft aufzuweisen hat.

In den Ruisbergen bei Halberstadt ist ein Bronzeobjekt, das wahrscheinlich aus dem Jahre 1500 v. Chr. stammt, ausgegraben worden. In einem Tontopf mit Deckel, etwa 60 Zentimeter unter dem Erdboden, befanden sich eine große und eine kleine Gewandspange, eine Halsberge, eine Armpfanne und mehrere Hals- und Arminge. Die patinierten Gegenstände, die einer Frau aus der Bronzezeit gehört haben müssen, sind in gutem Zustand.

Schaljapin flagt . . .

Soeben begann vor dem Pariser Zivilgericht Feodor Schaljapins Prozeß, den der greife russische Sänger gegen die Regierung der Sowjets angeklagt hat. Dem Prozeß liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Im Jahre 1917 übergab Schaljapin dem ihm befreundeten Maxim Gorki das Manuskript seiner Lebenserinnerungen unter dem Titel „Seiten meines Lebens“. Trotz der Weigerung Schaljapins belegten die Sowjets das Werk mit Beschlagnahme, brachten es im Druck heraus und überließen es in mehrere Fremdsprachen. Der Sänger verlangt 2 Mill. Franken Schadenersatz.

Das Pianatorium am Zoo hat ein Tonfilmgerät eingebaut. Dadurch wird die Arbeit dieses nachbildenden Unternehmens erheblich gefördert. Das neue Tonfilmgerät ermöglicht es, jetzt auch Kulturfilme vorzuführen. Als ersten Tonfilm zeigt das Pianatorium „Kanga“, einen der besten Tierfilme, den wir haben. Er läuft bis zum 10. Juli. Es folgt vom 12. bis zum 24. Juli: „Das Neue Piki“. Das astronomische Vorprogramm zu dem Film Kanga behandelt den „durchsichtigen Abendhimmel“. Die Vorstellungen finden täglich, außer Sonntag, um 8, 8, 7 und 9 Uhr statt.

Skandalöse Renten Kürzung

Von Witwenrenten werden 11 Mark abgezogen

Das Kapitel der Hungerrentenkürzungen ist mit den ersten Schritten ausgerollt, aber noch keineswegs erschöpft. Die Masse der so schwer Gedrückten weiß zwar, daß ihre Hungerrationen stark geschnitten wurden, aber sie weiß nicht, wie sie trotz aller bisherigen „Gewöhnungen“ und aller erzwungener Künste auf dem Gebiete spärlichster, allerbilligster Lebensweise weiterhin vegetieren soll.

Es gibt Witwen mit Witwenrente, die körperlich noch rüstig genug waren und auch Gelegenheit dazu hatten, sich zu ihrer Witwenrente noch etwas hinzuzuverdienen. Die als Reinmachefrauen oder sonstwie tätigen Witwen mußten sich in der Alters- und Invaliditätversicherung versichern und erwarben im Laufe der Zeit eine Zusatzrente in Höhe der Hälfte der üblichen Sätze. Diesen Witwen mit 1 1/2-facher Rente wurde jetzt die Rente doppelt gekürzt.

Die Witwenrente ist um fünf Mark gekürzt worden, der Zuschuß aus der Invalidenrente, die halbe Invalidenrente also, nicht etwa um die Hälfte, um drei Mark, sondern um volle sechs Mark. Eine Renten Kürzung um 11 Mark!

Eine Witwe, die bisher etwa 38 M. im Monat erhalten hatte, bekommt jetzt nur noch 27 M. im Monat.

Selbst in den Landesversicherungsanstalten ist man erstaunt über diese Wirkung der Rotverordnung. Die Rotverordnung besteht nun leider einmal zu recht. Ein offenkundiges Unrecht aber ist es, auch die halbe Unterstützung um den vollen Satz von sechs Mark zu kürzen.

Wir nehmen an, daß es sich hierbei lediglich um einen Kunstfehler der Rotverordnung handelt, der bei der Fügigkeit, mit der sie von der neuen Rotverordnungs-Regierung herausgebracht wurde, unterlaufen ist. Dieser Fehler muß also schleunigst korrigiert werden. Aus einer Kürzung von sechs oder fünf Mark dürfen nicht fünf und sechs Mark, nicht elf Mark werden. Ein Abzug von insgesamt acht Mark ist in diesen Fällen wirklich groß genug.

Der Schlag trifft die Rentner um so schwerer, als für die meisten von ihnen der frühere Rückhalt im Familienhaushalt der Söhne und Töchter durch die riesige Arbeitslosigkeit fortgefallen ist. Von all denen, die den neuen Kurs am eigenen Leibe verspüren, sind es mit in erster Linie die Rentenempfänger, die den Unterschied merken zwischen dem bisherigen „Böhlfahrtsstaat“ und der kommenden „gottgewollten“ Ordnung.

Bis zur Wahl am 31. Juli haben die Rentenempfänger einen vollen Monat ihrer neuen Erfahrung hinter sich und Gelegenheit, ihrer Meinung deutlichen Ausdruck zu geben. Das ist auch das einzige, was sie tun können, um gegen die ungeheuerliche Zumutung, noch weit mehr zu hungern als bisher, zu protestieren.

Aufgabe aller sozial oder doch rein menschlich denkenden Ärzte muß es sein, in den nächsten Monaten auf die Veränderungen des Gesundheitszustandes der Rentenempfänger zu achten, die die Kürzung des Lebensmittelverbrauchs in Quantität und Qualität hervorgerufen müssen.

Nazis gegen Paddler.

Ein Ueberfall auf republikanische Wassersportler.

Von Mitgliedern der Havelaktionsgruppe Schwarz-Rot-Gold, Mitglied im Arbeiter-Turn- und Sportbund, wird uns über folgenden Vorfall berichtet: Einige Mitglieder waren am Sonntag dabei, zwei Boote über den Teltowkanal nach Grünau zu schaffen, weil sie dort zur 2. Bundesregatta gebraucht werden. In der Rahnower Schleufe bevölkerten die Nationalsozialisten mit einigen tausend Mann ein dort befindliches Lokal. Da die Wasserfahrer das Schleusenbeden mit ihren leichten Booten nicht benutzen brauchen, sondern über eine Slipanlage die Boote auf die andere Seite der Schleufe befördern können, hatten die Nationalsozialisten Gelegenheit, mit unseren republikanischen Wasserfahrern in Berührung zu kommen. Das spielte sich so ab, daß man die schwarz-rotgoldenen Flaggen mit Gewalt von den Booten entfernte und Niemand machte, auf den Protest der Wasserfahrer hin mit Handgreiflichkeiten zu antworten. Nur der Besonnenheit der republikanischen Wasserfahrer ist es zu danken, daß die Nazis ihre Absicht, mit dem Material großer dort lagernder Steinhäufen die Boote zu zertrümmern, nicht ausführten. Während der schnell angetretenen Weiterfahrt kam den Wasserfahrern der Gedanke, daß von der naheliegenden Kanalbrücke aus ein neuer Angriff durch die Nationalsozialisten möglich sei. Sie baten deshalb den Kanalmeister, für polizeilichen Schutz an der betreffenden Stelle zu sorgen. Wertwürdigerweise lehnte dieser Staatsbeamte aber das Anstehen mit der Begründung ab, daß ein Ueberfallkommando gegenüber den Nationalsozialisten wohl auch machtlos wäre.

Jetzt beginnt also die Unsicherheit auf dem Wasser auch schon. Aber „Zeit zum Eingreifen“ ist es noch Herrn v. Gagl noch nicht!

Auf der Havel zwischen dem Wannsee und Spandau ist in diesem Jahr ein Rettungsboot des Stahlhelms zu beobachten, das dort patrouilliert. Es hat seinen Standort zwischen Gatow und Gladow, unweit des Breiten Horns, wo sich eine Zellkolonie aufgetan hat, deren Bewohner politisch in der Nähe des Stahlhelms zu suchen sind. Welche Tätigkeit das Boot auszuüben sucht, bleibt ein Rätsel. Seit Jahren ist nämlich das Gebiet der Havel in und um Berlin für den Rettungsdienst eingeteilt. Nördlich der Spandauer Schleufe verfiel der Arbeiter-Samariter-Bund den Dienst, südlich das Rote Kreuz. Die Organisationen sind für diesen Dienst amtlich anerkannt. Dazu kommen die Boote der Wasserpolizei, die neben dem Ordnungsdienst selbstverständlich auch bei Gefahr für Leben und Gut eingreifen. Was da der Stahlhelm mit seinem Rettungsbott noch zu suchen hat, bleibt unerfindlich.

Wetterbericht für Berlin und Umgebung: Trocken, meist heiter, warm, mäßige Südwinde. Für Deutschland: Ueberfall warm. Im Osten Bewölkungsabnahme. Sonst meist heiter. Nur im äußersten Westen Gewitterneigung.

Rundfunk am Abend

Donnerstag, den 30. Juni

Berlin: 16.05 Verständnis statt Mitleid (Valerie Merck). 16.30 Unterhaltungsmusik. 17.30 Von den kleinen Planeten (Prof. Dr. H. Reichenbach). 17.50 Dein Kampf ums Recht (Bezirksverordneter C. Perls). 18.15 V. Wittner: Eigene Arbeiten. 18.35 Klaviermusik. 18.55 Die Funkstunde teilt mit. 19.00 Stimme zum Tag. 19.10 Volksweisen. 19.35 Vom Rundfunk (Intendant Dr. H. Fleck). 20.00 „Das Freischütz“. Oper von C. M. von Weber. Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Tanzmusik.

Königswusterhausen: 16.00 Pädagogischer Funk (Prof. O. Völkner). 17.30 Die Kulturgeschichte des Tanzes (Prof. Dr. C. Sachs). 18.00 Musikalischer Zeitspiegel (Marie L. König, Irma Veidt). 18.30 Spanisch für Fortgeschrittene (Gertrud von Eyseren, Dr. F. Armesto). 18.55 Wetterbericht. 19.00 Aktuelle Stunde. 19.20 Stunde des Landwirts (Landwirtschaftsrat Pelzer). 19.35 Die Wunderwelt der Strahlen (Prof. Dr. Gehrke). Sonst Berliner Programm.

Vollständiges Europa-Programm im „Volksfunk“, monatl. 96 Pf. durch alle „Vorwärts“-Boten oder die Postanstalten.

Berontwortl. für die Redaktion: W. Bernheim, Berlin; Anzeigen: Th. Glade, Berlin. Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Einbecker Str. 1. 2. Blatt 1. Beilage.

„Einheitsfront“-Debatte.

Auf dem Verbandstag der Schuhmacher.

In der dem Geschäftsbericht folgenden Aussprache wurde die kommunistische Gewerkschaftspolitik rückwärtslos beurteilt. Röschner-Stuttgart, der gegen die Taktik der Gewerkschaften polemisierte, wurde von Kerker-Heilbronn und Rau-Kornwestheim an Hand von Beispielen aus der Praxis der Arbeitskämpfe die verbrecherische Tätigkeit der RPD. gründlich klar gemacht.

Der Verbandsvorsitzende Simon, der wiederholt in die Debatte eingriff, wies Röschner nach, daß gerade in den Bezirken, die von den Kommunisten beherrscht werden, die Faschisten die größten Wahlerfolge erringen. Die RPD wolle ja nicht einmal eine Einheitsfront mit Röschner. So lange der russische Rubel rolle, gebe es in Deutschland keine Einheitsfront mit den Kommunisten.

Was von dem Einheitsfrontgeschrei der Kommunisten zu halten sei, zeige ja das bereits bekannte Rundschreiben des ZK der RPD. zur Genüge. Man solle, so betonte Simon, bei den Arbeitern doch endlich einmal den Gedanken zu Grabe tragen, daß bei der jetzigen Einstellung der RPD eine Einheitsfront durchgeführt werden könne.

Spließ, der dem Sehnen und Drängen der deutschen Arbeiter nach Zusammenbruch gegen den Faschismus bereiten Ausdruck gab, erinnerte an 1918 und den Kapp-Putsch, als die Kommunisten die dargebotene Hand ausschlugen. Wie damals, so sei es auch heute. Die Kommunisten könnten gar nicht anders. Sie müßten ihre Wählerstimmen unter Schimpfen auf die Sozialdemokratie holen. Etwas anderes hätten sie nicht gelernt. Die Einstellung der Beschimpfung der SPD. sei aber doch das mindeste, was man für die Einheitsfront geltend machen müsse.

Im übrigen beschäftigte sich Spließ in der Aussprache mit der Bierzigstundensache. Gegenwärtig sei kein Fortschritt in dieser Frage zu erwarten; denn der Reichswirtschaftsminister Warmbold sei ein Gegner des Eingriffs in die Arbeitszeit. Zum freiwilligen Arbeitsdienst bemerkte Spließ, es müsse mehr Nachdruck auf das erzieherische Moment für die arbeitslose Jugend gelegt werden als auf den wirtschaftlichen Wert, denn dieser sei nach wie vor recht problematischer Natur.

Keine Lohnkündigung im Ruhrbergbau.

Der Zechenverband hat von der Möglichkeit, die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 31. Juli zu kündigen, keinen Gebrauch

gemacht. Bekanntlich wurde die Lohnordnung wie auch der Manteltarif durch den Schiedsspruch vom 30. Mai kurzfristig für zwei Monate unverändert verlängert.

Angesichts der ablehnenden Haltung des neuen Reichsarbeitsministers gegenüber der von den Gewerkschaften beantragten Verbindlichkeitsklärung war in späteren Verhandlungen des Reichsarbeitsministers mit den Parteien eine Einigung dahin zustande gekommen, daß auch der Zechenverband den von den Gewerkschaften bereits angenommenen Lohnschiedspruch annahm, die Gewerkschaften andererseits dem vom Zechenverband angenommenen, von ihnen ursprünglich abgelehnten Manteltariffschiedspruch zustimmten.

Kündigung von Betriebsräten.

Die Betriebsvertretung darf nicht übergangen werden.

Am 4. und 5. September 1931 wurden vor dem Scherl-Verlag in Berlin von den Kommunisten Flugblätter verbreitet, die schwere Beschimpfungen der SPD-Betriebsräte im Scherl-Verlag enthielten. Auch der Scherl-Verlag selbst wurde in der üblichen „revolutionären“ Weise mitgenommen.

Die Firma hat am anderen Tage einigen Arbeitnehmern einen Revers vorgelegt, den sie unterschreiben und damit beschweigen sollten, daß sie mit der ganzen Sache nichts zu tun haben und von den kommunistischen Verächtlichkeiten abrücken.

Als sich die RPD-Betriebsräte Rogan und Wilde weigerten, den Revers zu unterschreiben, wurden sie sofort entlassen. Beide Betriebsratsmitglieder klagten auf Wiedereinstellung, da ein Grund zur fristlosen Entlassung nicht vorgelegen habe. Auch sei die Kündigung ohne die Zustimmung der Betriebsvertretung erfolgt.

Das Landesarbeitsgericht in Berlin hat zugunsten der Kläger entschieden. Es habe kein Grund zur fristlosen Entlassung vorgelegen. Auch dürfe der Beklagte den Klägern nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung kündigen. Die Entlassung sei aus diesen Gründen rechtsunwirksam.

Das Reichsarbeitsgericht wies die gegen das Urteil eingelegte Revision als unbegründet zurück. Es bestätigte, daß Betriebsräten ohne die Zustimmung der Betriebsvertretung nicht gekündigt werden darf. Auch sei nicht nachgewiesen worden, daß sich die Kläger an der Flugblattverbreitung beteiligt oder von dem Inhalt des Flugblattes Kenntnis gehabt hätten. (RZA, 162/32.)

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Norden-Osten

Friedrichshagener Baugenossenschaft
E.G. M.B.H.
Hoch- u. Tiefbau
Fernruf: Friedrichshagen 6524 und 6525 (R. 19)
BERLIN-FRIEDRICHSHAGEN • KLUTSTR. 8

Klischees
Galvanoplastische Werkstätten
K.-G. Baum & Co.
SW 68, Alte Jakobstraße 144
Telephon: Dönhoff 890 — 891

J. Andermann
Ges. m. b. H.
N 34, Manteiler Str. 56, Fernspr. Köpenick 3290/91
Eiergroßhandel
Import Export

W. Ollendorf
Obst, Gemüse en gros
Dircksenstr. 48-49
Heidendamm 22 6032

Foto-Bedarf nirgends so preiswert wie bei
Rolleiflex-Kleinkamera, 6x9 mit Spezial-Objektiv 1:8 in Vario nur 18,00
Rolleiflex-Springkamera „Fix-Focus“ mit Anastigmat 4.5 in Vario nur 34,75
Kleinkamera, 9x12, Doppelobjektiv, mit Anastigmat 4.5 in Vario nur 42,75
Kleinkamera in Rulox bis 1/300 Sec. nur 35,75, dto. in Compur nur 69,75
Mittelkassette, 9x12, nur 0,50
Filmkassette, 9x12 nur 1,85
Verlangen Sie Liste V. kostenlos. Zahlungsvereinfachung
FOTO-HÜHNIS 1095 N. 65, Chausseestr. 89 u. Fernstr. 33

Saure Gurken
in bester Qualität liefert
Paul Graßnick, Lichtenberg
Rittergutstraße 129a Telephon: E 5 2653

Restaurant Frölich
Berlin C 2,
Rathausstraße 1
(Ecke Spandauer Straße)

Wiesen-Butter
Wiesner & Co., N 58, Wörther Str. 3
D 4 Humboldt 1055

Paul Mietner
Eisenwarenhandlung
Köpenick, Schießstr. 13
Tel.: F. 4 Sammelnummer 2305.

Jalousie-Fabrik
Seit 1910
Ernst Garf, Inh. E. & J. Garf
SO. 36, Britzer Str. 7. Tel. F 1 Moritzpl. 3070

Swinemünder Gesellschaftshaus
Inhaber: A. KALLIES
881e frei!
Jeden Donnerstag „Lalpalger Sänger“

Auguststraße 24-25
Bühlers Ballhaus
Täglich Clärchens Witwenball

Verlange in
Harzkäse
„Garbolzumer ist das Beste!“
„M. S. tadellos!“

Eduard Busse G.m.b.H.
Berlin N 65, Topeler Str. 13
Fernruf: Wedding 8 6, 8573
Bauklemmererei — Dachbedeckung
Gas-, Wasser-, gesundheitstechnische Anlagen

„Vorwärts“-Leser, kauft bei unseren Inserenten!

Dr. Alfred Werner:

Religion, Kirche, Sozialismus

„Das Gottlosengedicht der Sozialdemokratie“, so lautet die Überschrift eines Aufsatzes im „Tag“. Dann werden „Sozialdemokratische Kirchenhänger“ geschmäht. Sind diese Bormürse berechtigt? Zeigt die reine sozialistische Lehre, die doch sonst etwas Aufreißendes, in die Zukunft Weissendes hat, tatsächlich so häßliche Züge? „Religion ist Privatsache“, so lautet das sozialdemokratische Urteil. Kluge Zurückhaltung, sicheres Taktgefühl sprechen aus diesem Wort. Der Gottgläubige gehe ungehindert seinem Glauben nach! Blüht er aber überheblich pharisäerhaft auf andere wegen ihres Nichtglaubens herab, so würde ihn der Stifter der christlichen Kirche zu den Heuchlern zählen. Jesus Christus sagte in der „Bergpredigt“: „Wenn du betest, so gehe in dein Kämmerlein und schließ die Tür zu und bete zu deinem Vater im Verborgenen.“ Jesus schied seine reine sittlich-religiöse Lehre absichtlich von der Politik. Die Sozialdemokratie befindet sich in vollem Einklang mit dem unerschütterten, von der Kirche nicht entstellten Christentum, wenn sie die Politik von der Religion trennt. Der Glaube an Gott kann und soll keinem Staatsbürger anbefohlen werden. Religion hat mit Politik nichts zu tun, ist eine Sache des Glaubens, nicht des Wissens. Religion heißt Bindung. Nun meint die Religion allerdings eine doppelte Bindung, die an Gott und an die Menschen. Hinsichtlich der Gottgläubigkeit ist der Sozialismus neutral. Bindung zwischen Mensch und Mensch, die ungeheure Verantwortung des einzelnen für die Gesamtheit ist ein unerfüllbarer Pfeiler sozialistischer Lehre. Ohne diese Bindung, die auch Religion ist, ohne Hilfsbereitschaft, ohne klares Wissen um die allmenschliche Verbundenheit gibt es keinen Sozialismus.

Woher denn aber die Kirchenfeindlichkeit in der Arbeiterbewegung? Weil die Kirche wahres Christentum meist verfälscht hat. Die lebendige Kraft, die im Sozialismus und im Christentum liegt, ist in der kirchlichen Lehre zum toten Dogma erstarrt. Weist hat sich die Kirche als Stütze des auf Macht und Besitz gegründeten Klassenstaates betrachtet. Wo sie das tat, wurde sie von der Sozialdemokratie bekämpft. Dabei könnten die christlichen Ideale der die ganze Menschheit ergreifenden Nächstenliebe und des hilfreichen Mitleids Sozialdemokratie und Kirche verbinden. Das Christentum ist mit dem Sozialismus der Bestimmung, nicht dem Parteiprogramm nach innig verbunden. Nicht der Sozialismus, sondern die Kirche muß sich reformieren. Oberste Aufgabe der Sozialdemokratie ist, eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen, die aufgebaut ist auf Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Diese unterscheidet sich von der jetzigen Willkür und Ungerechtigkeit... Die Grundlage jenes zu erstrebenden idealen Reiches ist das materielle, wirtschaftliche Fundament planwirtschaftlicher Ordnung. Wollen wir jenes Reich der Gerechtigkeit als Ziel, so müssen wir auch das Mittel der Umwandlung der Besitzverhältnisse mitwählen. Und wie die Kirche sich zu dieser Aufgabe stellen wird, werden wir auch zu ihr stehen.

Nelly Wolffheim:

Die Handschrift des Kindes Ein Wegweiser für Eltern und Lehrer

Es soll nicht von den graphologischen Feststellungen gesprochen werden, die uns über den Charakter Auskunft geben wollen, wenn es bei dieser Gelegenheit auch nicht verabsäumt werden darf, vor einem vorläufigen Ausdeuten der kindlichen Schrift zu warnen. Jede Schriftdeutung muß sich, sofern sie überhaupt etwas besagen will, auf ein eingehendes Studium und auf ein umfassendes Studienmaterial stützen. Auch wenn wir die Kinderschrift hier von psychologischen Standpunkt aus betrachten wollen, so darf diese Vorsicht nicht außer acht gelassen werden. In diesem Sinn sollen auch die nachfolgenden Hinweise, denen Darlegungen aus einem Vortrag von Professor Dr. Paul Karger zugrunde liegen, nur als Anregungen gewertet werden. Wer mit Kindern zu tun hat, kann durch die Beobachtung ihrer Schrift manches für das Verständnis der einzelnen Kinder gewinnen.

Ganz besonders leicht wird man beim Kind an einer Veränderung der Schrift Ermüdungserscheinungen bemerken können, was für Erzieher und Lehrer bedeutsam ist. Gewöhnlich machen sich die Eltern auch gerade dann Sorge, wenn eine bisher gute oder doch genügende Schrift plötzlich nachlässig wird. Es können in körperlicher Hinsicht mancherlei Ursachen mitsprechen, um eine bisher ruhige Hand unsicher zu machen. Wo ein Kind im Rahmen einer Arbeit sich allmählich wesentlich verschlechtert, wo die Schrift ätzend wird, die Zeilen nicht mehr einhält, unregelmäßiger wird, da deutet dies auf ein Nachlassen des Könnens hin, so daß man hat zu fragen dem Kinde möglichst eine körperliche Kräftigung — Erholung — zukommen lassen sollte. Auch wenn dies, wie heute ja zumeist, nicht immer möglich ist, so wird die Einsicht von den körperlichen Ursachen des Zustandes uns jedenfalls abhalten, das Kind ungerecht zu behandeln und ihm Bormürse zu machen.

In dem oben erwähnten Vortrag wurde an Hand vieler Schriftproben nachgewiesen, wie anders die Schrift eines Kindes oft vor einer Erholungspause aussieht als nachher. Freilich muß als interessanteste Beobachtung mitgeteilt werden, daß direkt nach einer Erholungspause — etwa eine Woche hindurch — sich der sogenannte „Erholungskater“ bemerkbar macht; es ist dies die Zeit des Uberganges und der erneuten Eingewöhnung in den Schulbetrieb, in der die Arbeiten nach unbefriedigend sind, bis sich dann sichtbar die verbesserte Leistung zeigt, wenn ein Kind frischer geworden ist. Die Erholung bringt dem Kinde die Fähigkeit zu einer gesteigerten Konzentration, die sich auch auf die Stetigkeit der Schrift auswirkt. Bei Hilfsschülern pflegt sich die Handschrift nach einer Erholungspause aber im Gegenteil zu den Beobachtungen an normalen Kindern nicht zu bessern, ja, häufig kann man nach den Ferien sogar eine deutliche Verschlechterung wahrnehmen. Als Ursache dieser auffälligen Erscheinung sieht man die technischen Schwierigkeiten an, mit denen die Hilfsschüler zumeist zu kämpfen haben, und die nach einer längeren Unterrichtspause durch mangelnde Übung von neuem auftreten.

Daß manche Ermüdungserscheinungen durch falsche Anforderungen und Aufgabenstellungen hervorgerufen werden, läßt sich bei manchen Kindern erkennen, die eine häusliche Arbeit leiblos machen, während sie in der Schule gegebene Diktat voller Begeisterung abliefern. Es weist dies auf eine starke **Leistungsfähigkeit**

Katastrophen-Akademiker

Zur Geistesverwirrung der akademischen Jugend / Von Hermann Wendel

Die Herren von der Technischen Hochschule und die Herren von der Universität, die den Begriff „Deutsche Studentenschaft“ zu einem Spottgebilde herabgewürdigt haben, sie machen sich wieder maufig. Die Regierung der Herren Barone mit ihrer Aufhebung des SA-Verbots, ihrer Kürzung der Bezüge für Kriegsbeschädigte, Arbeitsinvaliden und Arbeitslose, mit ihren Subventionen für Schwerindustrielle und Großagrarien und den außerpolitischen Extratouren ihres Reichsaussenministers, Reichskanzlers von Papen, läßt sie ansehend Morgenluft wittern. Ihnen seien die nachfolgenden Zeilen ins Stammbuch geschrieben.

Und ob sie freischen, brüllen, johlen, trampeln, als stede alles frogende Leben der Welt in ihnen, jene Teile der akademischen Jugend, die an Deutschlands hohen Schulen im Namen des Haltenkreuzes gegen „das System“ randalieren, wirken geradezu blutlos, leichenhaft, wie Gespenster einer Vergangenheit, die vielleicht nie Wirklichkeit war. In welchem Jahr lebt das? 1932? Ach, die Burdenschäfer mit dem schwarzrotgoldnen Band, die sich 1832 auf dem Hambacher Fest für ein freies Deutschland begeisterten und im folgenden Jahre die Frankfurter Hauptwache stürmten, standen bei aller unklaren Romantik und allem draufenden Gefühlsüberschwang der demokratischen Gegenwart und damit der Zukunft näher als die schmissverzierten Sprechhäre mit ihrem geistvollen: Juda, verrede!

Daß sich der Studentenschaft laudat, laudat Berzogtheit und Verzweiflung bemächtigt, ist kein Wunder. Wenn ehemals der junge Mann aus begütertem Hause oder auch der Sohn kleinerer Leute Gymnasium und Universität durchlaufen und die Examina hinter sich hatte, lag die Lebensbahn glatt und geebnet vor ihm. Als Oberlehrer, als Richter, als Verwaltungsbeamter hatte er ein auskömmlich und geachtet Brot, und auch die freien Berufe, Arzt, Anwalt, Industriegehilfe, ernährten den nicht schlecht, der einigermaßen Geschick und Glück hatte. Heute aber verarmen Wirtschaftskatastrophen und Abbau auf allen Gebieten dem Nachwuchs aufs hoffnungsloseste den Weg in die Zukunft. Das akademische Proletariat zählt schon nach Zehntausenden, wird bald nach Hunderttausenden zählen, und noch ist kein Ende abzusehen. Verlassen die jungen Menschen jetzt die Hochschule, so finden sich sehr viele von ihnen dem absoluten Nichts gegenüber. Die Stimmung, die sie schon während der Studienjahre bei der Aussicht auf das trostlose Nachher erfährt, ist ein natürlicher Nährboden des Radikalismus.

Ohnehin ist es das Vorrecht jeder Jugend, radikal zu sein. Aber radikal kommt von dem lateinischen Wort radix — Wurzel. Radikal sein heißt nicht das Maul aufreißen und sinnlose Schlagworte brüllen, sondern ein Ding an der Wurzel packen, und niemand aus dem Nachwuchs scheint berusener, sich mit den rohen Problemen der Zeit ernsthaft auseinanderzusetzen als die Studenten, die auf der Schulbank und im Hörsaal geistig geduldet worden sind. Vor einem Jahrhundert dachten die „Unbedingten“ der Burdenschäfer hinter Karl Follen in ihrer Art die politischen Fragen ihrer Zeit zu Ende und kamen, deutsch begeistert und christlich verschwärmt, wie sie waren, zu dem bindigen Schluss, daß nur die Republik, der Freistaat, die Volksherrschaft, die Demokratie dem Vaterland Rettung zu bringen vermöge.

Rur die Bürgergleichheit, der Volkswille sei Selbstherrlicher von Gottes Gnaden!

Ihre Nachtrötter von heute aber verabscheuen Republik und Demokratie und jubeln dem „Dritten Reich“ entgegen, weil sie hoffen, daß es den ganzen Trivolgienplunder des wilhelminischen Reiches wieder aus der Mottenkiste holen wird. Alles eigene Denken haben sie so abgeschworen, daß sie die blödesten Lösungen pathologisch zu wertender Heher mit hingabe aufgreifen. Da Deutschland, entmannt und wirtschaftlich aus dem letzten Loch pfeifend, beim besten Willen keinen Krieg gegen laubendliche Uebermacht mit der winzigsten Aussicht auf Erfolg führen könnte, und ein freischützlicher Krieg doch nun einmal das Hauptstück im Kleinen Kathedismus der nationalistischen Kinder und Kindsköpfe ist, schmelzen neuerdings die „obstischen“ Desperados in einer regelrechten Untergangspsychose. Motto: Immer feste druff, wenn auch alles kaputt geschlagen wird! Der frühere italienische Minister Sforza,

der bekannte Antifaschist, berichtete unlängst in einer englischen Zeitschrift, ein junger deutscher Schriftsteller habe ihm anvertraut, er wähle Hitler, nicht weil er an ihn glaube, sondern weil seine Bewegung zu einer Art Erdbeben werden kann. Vielleicht wird aus den Ruinen ein neues Deutschland entstehen. Aus ähnlicher Geisteshaltung heraus wirft Ernst Niekisch, dereinst hochgemuter USP-Mann, in einer nicht zuletzt der Jugend zugehenden Broschüre die Frage auf, ob der deutsche Mensch nochmal den Weg zu sich finde, und beantwortet sie stramm: „Er wird ihn finden, selbst zwischen den Trümmern Europas hindurch“. Und bei der Reichsgründungsfeier der Allgemeinen Marburger Studentenschaft erregte ein Festredner aus Berlin, ein gewisser Dr. Pleyer, stürmisches Beifallsgetrappel, als er also die Klappe aufriß: „Wir wollen lieber ein großes, katastrophales Ende, in das auch der kapitalistische, imperialistische Westen hineingerissen würde, als dieses Leben der Feigheit und Ehrlosigkeit, das wir seit zwölf Jahren geführt haben“.

Auf ihren Biergelagen sangen und singen wohl noch die Rufensöhne das schöne Lied aus dem Kommersbuch:

Laßt uns den Verstand verlaufen!
Wozu nützt uns der Verstand?

Aber die solchen Parolen zuzuschlagen, brauchen sich nicht mehr anzustrengen; sie haben keinen Verstand, den sie verkaufen könnten. Erdbeben? Wir alle leiden an den Folgen des gewaltigen Erdbebens, das die Welt von 1914 bis 1918 erschütterte, und das da schreit forsch nach einem neuen Erdbeben! Ruinen? Trümmer Europas? Wir alle sind umgeben von zuviel Ruinen, vegetieren zwischen den Trümmern Europas, die der ruchlose Völkerkrieg zurückgelassen hat, und das da verlangt statt Aufbau noch mehr Ruinen und neue Trümmer! Zeitlebens werden wir alle unter den Wirkungen des „großen, katastrophalen Endes“ zu ächzen haben, das uns 1918 durch Uebermut und Verblendung der kaiserlichen Machthaber befehlet ward, und das da kräht fröhlich nach neuer Katastrophe! Wieviel Gehirnverfleisterung gehört dazu, eine so leere Phrase in den Saal zu schmettern, wieviel Gehirnverfleisterung, eine so leere Phrase als Heilsbotschaft hinzunehmen! Denn was bedeutet „großes, katastrophales Ende“? In einem neuen Krieg, worauf es offensichtlich angelegt ist, kann ein Siebenundsechzigmillionenstark selbst mit den raffiniertesten Mitteln moderner Vernichtungstechnik nicht bis auf den letzten Säugling ausgerottet werden, so daß eben das Ende kein Ende wäre. „Ein Held“, sagte bei Betrachtung der Ereignisse vom Oktober 1918 ein so unangenehmer Patriot wie Professor Hans Delbrück, „kann lieber sterben als sich ergeben. Ein Schiffskapitän kann sich lieber mit seinem Schiff in die Luft sprengen, als die Flagge streichen. Ein Volk aber kann nicht sterben“. Wenn es also dorthin läme, wohin gemeingefährliche Geisteskrankheit in der Politik es treiben möchte, ständen wir nach dem „katastrophalen Ende“ vermutlich wieder da, wo wir im Winter 1918/19 standen, und müßten, nur unter weit unbedauerlicheren Bedingungen, die Hände zum Aufbau rühren. Die einfachste Ueberlegung vermittelt diese Erkenntnis. Daß sich statt dessen ganze ganze Haufen derer, die sich als die geistigen Führer der Nation von morgen hielten, an solchen Untergangsolungen aus der Summelle erblühen, ist grauenhaft; daß sogar Studentinnen, an der Berliner Universität nicht weniger als 120, ein Haltenkreuz-Amazonen-Bataillon bilden und den Kadav in der Universität als tobende „Krawallkuren“ steigern helfen, zeugt wohl von einer unheilbaren, freisartigen Erkrankung der Teile des Volkskörpers, aus denen sich die akademische Jugend ergänzt.

Wohl gibt es auch, immerhin ein Unterpland lichterer Zukunft, republikanisch, demokratisch und sozialistisch gesinnte Studenten, aber sie sind in der Minderheit; die Heil-Hitler-Brüller beherrschen das Feld. Rur hat sich bei den letzten Wahlen zu jener privaten Organisation, die sich mit mehr Stolz als Recht Allgemeine Deutsche Studentenschaft nennt, gezeigt, daß anscheinend doch die Mehrheit der Hochschüler dem steilen Stank und rüden Kadav, der den Rechtsradikalismus als Politik erlächelt, laßt hat. In Breslau beteiligten sich nur 35, in Berlin nur 30, in Köln nur 22 Prozent aller Stimmberechtigten — nach dem gesunden Grundgesetz: „Nacht eich eiren Dred alleene!“ Aber diese Lauffache allein als Hoffnungsschleier für eine Wandlung der Dinge zum Besseren aufzufassen, verrät vielleicht zuviel Optimismus.

hin, die oft, wenn auch nicht immer, in einer falschen Schuldisziplin ihre Ursache hat, so daß eine zu Hause in Ruhe und ohne Angst angefertigte Niederschrift naturgemäß besser gelingen muß. Auch wo ein Kind nicht interessierenden Inhalt, etwa zusammenhanglose Sätze, diktiert erhält, wird es leicht vorkommen, daß die Beherrschung der Schrift durch die Schwierigkeit, den Inhalt zu erfassen, behindert wird. Ein sehr intelligenter Junge von zwölf Jahren erklärte neulich seiner Mutter, daß es ihm — der technisch ungeschickt ist — einfach nicht möglich sei, bei einer Denkarbeit gleichzeitig auf Schrift und Inhalt zu achten. Es gibt Kinder, die bei einer für sie zu schweren Aufgabe die Beherrschung ihrer Muskeln verlieren und dadurch weder die Linien noch den Rand genau beachten können und bis zur Unleserlichkeit „schmiereln“. Wie stark die Bedingungen mitsprechen, unter denen ein Kind schreibt, beweist das verschiedene Aussehen der Hefte bei verschiedenen Lehrern. Geeignetes und ungeeignetes Schreibmaterial (Papier, Feder, Federhalter) kann übrigens auch eine Rolle spielen.

Manche fränkhaften Erscheinungen werden zumeist vom Lehrer zuerst erkannt, wenn auch vielleicht nicht immer als der Beginn einer Krankheit gewürdigt. So pflegt beim Bestehen die Veränderung der Schrift als erstes Symptom bemerkbar zu werden. Die Kinder können sich dabei selbst meist nicht erklären, warum ihnen die Buchstaben nicht so glücken wie früher, warum ihre Schrift zitterig wird usw. Manche Kinder versuchen es dann durch vergrößerte Mühe, durch eine Veränderung der Schrift — Größerschreiben z. B. — ohne daß ihr Bemühen erfolgreich ist. Die Muskeln gehorchen eben dem Willen nicht, und wenn dann die Krankheit im vollen Maße ausbricht, erkennen Eltern und Lehrer erst, woher die angebliche Nachlässigkeit kam. Auch ein anderes fränkhaftes Symptom zeigt sich an der Schrift: die sogenannten Absenzen. Dies ist nur sekundenweise Abwesenheit des Kindes erkennt man an einem plötzlich dazwischen sichtbar werdenden schwächeren Druck eines Buchstabens oder an winzig kleinen

Zwischenräumen zwischen den Buchstaben. Wir müssen hier aber deutlich betonen, daß wir solche Anzeichen zwar aufmerksam beachten sollen, wenn sie uns auffallen. Zu Diagnosen dürfen uns aber solche Erkenntnisse nicht verführen, diese sind Sache des Arztes. Unsere Aufgabe wird es nur sein, durch Aufmerksamkeit und dadurch erreichte frühe Zuführung zum Arzt frühe Diagnosen zu ermöglichen. Arzt und Erzieher müssen hier, wie überall, wo es um das Kind geht, zusammenarbeiten. Es erscheint uns recht empfehlenswert, wie kürzlich vorgeschlagen wurde, eine Schriftberaterstelle zu begründen, bei der man auffällige Erscheinungen vorlegen kann.

Mit dem Einsetzen der Pubertät machen sich auch bei der Schrift besondere Anzeichen bemerkbar, oft freilich schon ehe die äußerlich sichtbaren Merkmale dieser Entwicklungszeit in Erscheinung treten. Manche Striche, die man den Kindern erteilt, könnte unterbleiben, wenn man solchen Zusammenhängen Rechnung tragen würde. Sowohl körperliche als auch seelische Ursachen wirken mit, um der Schrift ein verändertes Aussehen zu geben. Gewolltes Anderssein, verzerrtes Wesen, Eitelkeit, aber auch Trost und Auflehnung drücken sich in der Art zu schreiben aus. Bei Jungen und bei Mädchen sind die Neuerungsformen die gleichen. Wie häufig finden wir auf dieser Altersstufe ein bewußtes Hinweggehen über alle äußeren Formen, wie die Schrift aussieht; ob der Rand und die Richtung eingehalten werden, ist diesen Kindern unwesentlich. So ist durchaus nicht alles Fruchtigkeit, was so aussieht, es ist statt dessen nur Ausdruck einer bestimmten Seelenverfassung. Es ist sicherlich nicht ohne Bedeutung für die Entwicklung eines Kindes, wie ihm der Schreibunterricht erteilt wird. Wo ein zu starres Halten an den Schriftvorlagen gemäht wird, bedeutet das für die Kinder Einengung, Zwang und Unterbindung der Selbsttätigkeit, was auch im Hinblick auf das Schreiben nicht ohne tiefsten Einfluß bleiben kann. Selbsttätigkeit hebt auch hier die Fruchtigkeit. Man könnte den Kindern sehr viel unnütze Qualereien ersparen, wenn man sie nicht auf eine Schrift beredigt.

